

volksfreund

Region > Trier & Trierer Land > Tierheim Trier Heim Tierschutz Spenden Kleine Hunde Katze Geld >

volksfreund+ Analyse

Warum Tierheime chronisch unterfinanziert sind

Trier · Viel Arbeit und viel zu wenig Geld. Mit diesen Herausforderungen haben die Betreiber von Tierheimen oder Wildtierauffangstationen zu tun. Seit Jahren. Warum das so ist und wohl so bleibt.

10.12.2021, 11:38 Uhr · 5 Minuten Lesezeit



Bilder aus dem Tierheim Trier

 16 Bilder

Foto: Thorben Behring



Von Harald Jansen
Redaktion Trier

Allein der Betrieb des Tierheims Trier mit seinen zehn Festangestellten hat im vergangenen Jahr rund 650.000 Euro gekostet. In diesem Jahr wird es vermutlich nicht günstiger werden, herrenlosen Hunden, Katzen oder Kaninchen ein im besten Fall zeitlich begrenztes Zuhause zu geben. Nach Auskunft des Trägervereins Tierschutzverein Trier und Umgebung können im Normalbetrieb rund 50 Hunde, etwa 130 Katzen und etlichen Kleintiere versorgt werden.

Es ist kein Geheimnis, dass die Finanzierung des Tierheims offensichtlich permanent auf der Kippe steht. Das ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der Trierer Einrichtung. Die Wildtierauffangstation in Wiltingen, das Eifeltierheim Altrich, der Gnadenhof Atlantis in Newel oder das Eselzentrum Trierweiler. All diese Einrichtungen kümmern sich um Tiere. Und all diese Einrichtungen sind auf Spenden angewiesen.

Schutz der Tiere hat Verfassungsrang Der Schutz der Tiere hat auf Bundesebene und auch in Rheinland-Pfalz Verfassungsrang. Im Artikel 70 der Landesverfassung heißt es, dass Tiere als Mitgeschöpfe geachtet werden. „Sie werden im Rahmen der Gesetze vor vermeidbaren Leiden und Schäden geschützt.“ Soweit die verfassungsrechtliche Theorie. Eine permanente finanzielle Unterstützung für die laufenden Kosten für Tierheime oder Gnadenhöfe wird daraus offensichtlich nicht abgeleitet. In einer Untersuchung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2020 heißt es unter anderem, dass der Bund keine direkte Finanzierungszuständigkeit für Tierheime habe. Und während beispielsweise in Sachsen das Land auch bei den Sachkosten finanzielle Unterstützung gewährt, gibt es in Rheinland-Pfalz einerseits vor allem Zuschüsse für Investitionen, andererseits Geld für die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit. Fürs ganze Land und für alle Einrichtungen insgesamt gut 130.000 Euro jährlich. Die Zahlen für den Verein Tierschutzverein Trier und Umgebung: Seit 2012 wurden zur Förderung des Ehrenamts insgesamt rund 44.800 Euro gezahlt, davon 21.000 Euro zur Unterhaltung des Tierheims. Ein Zuschuss für ein Katzenhaus wurde von Landesseite aus gewährt. Das Geld wurde jedoch nicht abgerufen.

Massive Kritik an Missständen im Tierheim Trier - So will Chefin Weber den derzeitigen Zustand ändern

All diese Zuwendungen gehen nach Ansicht des Deutschen Tierschutzbunds am Hauptproblem vorbei. „Die Tierheime und die sie betreibenden Tierschutzvereine sind permanent unterfinanziert.“ Zusammenfassend sei festzustellen, dass trotz zahlreicher guter Förderprogramme der Länder eine klare Unterfinanzierung und ein großer Investitionsstau bei den Tierheimen in Deutschland vorliegen. „Durch das jahrelange Aufschieben von Investitionen und die finanziellen Einbußen durch die Corona-Krise ist der praktische Tierschutz in Deutschland in höchstem Maße in seiner Existenz bedroht.“

Fundtiere sind Fundsachen Die finanzielle Lage hat mehrere Gründe. Einer ist ein juristischer. Vor dem Gesetz gelten Fundtiere als Fundsachen. Sie fallen somit ebenso wie ein herrenloses Fahrrad oder im Bus vergessene dritte Zähne unter die Zuständigkeit der Fundbehörden der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Städte. Diese sind laut Tierschutzgesetzes verpflichtet, Fundtiere ordnungsgemäß unterzubringen und zu betreuen. Die Behörden sind deshalb verpflichtet, die Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung der Fundtiere zu erstatten. Und nun kommt der Unterschied zwischen Fahrrad und Kaninchen: Nach einer Frist von mindestens vier Wochen erlischt die Verpflichtung, für Unterbringung und Betreuung aufzukommen. Das Fundtier wird zu einem herrenlosen Tier. Ab dann müssen die Träger der Tierheime alle Kosten tragen.



volksfreund+ Tierwohl

Vorwürfe gegen Tierheim Trier – Veterinäramt kündigt Kontrolle an

In der Praxis zeigt sich, dass es einige Kommunen gegeben hat, die noch nicht einmal Geld für die vierwöchige Unterbringung zahlen wollten. So wurden vor einigen Jahren in einer Gemeinde im Speckgürtel von Trier in einer Kiste vier circa fünf Monate alte Katzen gefunden und zum Tierheim Trier-Zewen gebracht. Der Tierschutzverein wendete sich an die zuständige Verbandsgemeinde. Vom Bürgermeister gab es jedoch eine klare Absage. Begründung: Das seien keine Fundkatzen, sondern sie seien vorsätzlich ausgesetzt worden. Deshalb sei die Verbandsgemeinde nicht zuständig. Ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen der strafbaren Aussetzung werde jedoch nicht eingeleitet – es sei zu aussichtslos.

Andere Kommunen winden sich nicht auf diesem Weg aus der Verantwortung. Gleichwohl dienen die jährlich fließenden Zuschüsse der Gebietskörperschaften wohl in einigen Fällen eher der Gewissensberuhigung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Kommunen die Heime besonders schonen. Als beispielsweise im August in einer Gemeinde an der Saar rund 140 verwahrloste Kaninchen vom Veterinäramt der Kreisverwaltung Trier-Saarburg entdeckt wurden, waren die Tiere nur Stunden später im Tierheim.

volksfreund+ Herrchen gesucht für Jule und Bones

So geht es im Trierer Tierheim den Katzen, Kaninchen und Hunden während Corona- und Hochwasser-Zeiten

Kommunen halten sich oft zurück Da sich die Kommunen zum Großteil aus der Verantwortung stehlen und die Spenden aufgrund der Coronaepidemie eher dürftig ausfallen, sieht es für die Zukunft der Einrichtungen teilweise düster aus. Daran wird sich nichts ändern, bis Bund, Land und Kommunen gleichermaßen ihrer Verantwortung gerecht werden. Es ist eben zu wenig, wenn das Land vor allem Zuschüsse bei Projekten zahlen möchte, da der Eigenanteil von den Betreibervereinen oft nicht aufgebracht werden kann. Zudem geht diese Finanzierung am Hauptproblem vorbei.

Die laufenden Kosten sind so hoch, dass die Vereinsvorstände sicher oft schlaflose Nächte haben. Deshalb müssen die Kreise, Verbandsgemeinden, verbandsfreien Städte sowie die Stadt Trier einen Konsens finden, wie die Hilfseinrichtungen für Tiere in der Region Trier nachhaltig finanziert werden können. Warum? Laut deutschem Tierschutzbund handelt es bei den in den Einrichtungen untergebrachten Tieren bei bis zu 80 Prozent um Fundtiere und beschlagnahmte Tiere. Und für deren Unterhalt sind die Behörden zuständig. Nur etwa 25 bis 30 Prozent der hierdurch anfallenden Kosten würden tatsächlich erstattet. Das kommt davon, wenn beispielsweise Verantwortliche in Verbandsgemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern denken, dass 600 oder 1000 Euro jährlicher Zuschuss ausreichend sind. Die Summe ist nicht ausreichend. Sie ist ein Almosen und ein Armutszeugnis.



Ein Hund steht in seinem Zwinger in einem Tierheim am Gitter. In der Region engagieren sich einige Institutionen für Tiere in Not. Im Grunde sind alle Heime chronisch unterfinanziert.

Foto: dpa/Andreas Arnold



Auch Waldohreulen oder andere Wildtiere benötigen manchmal Hilfe.

Foto: TV/Marion Maier

h.jansen@volksfreund.de

Hier geht es zur Bilderstrecke: **Bilder aus dem Tierheim Trier**

volksfreund+

Verschenken sie diesen Artikel gerne! Einfach persönlichen Link kopieren und weiterleiten. Der Artikel kann dann gratis gelesen werden.

Link kopieren